

BUCHBESPRECHUNGEN

ROBERT L. HEILBRONER
DIE JAGD NACH REICHTUM

Übertragen und eingeleitet von Wilhelm Hankel. Bund-Verlag, Köln 1960. 303 S., geb. 19,50 DM.

Eine Geschichte des Reichtums und der Habgier zu schreiben, hat den Verfasser vor allem aus zwei Gründen gereizt: Einmal faszinierte ihn das Widersprüchsvolle beim Erwerb und bei der Anwendung von Reichtum sowie bei seiner Bewertung, d. h. daß Reichtum sowohl ein Mittel, Gutes zu tun, wie ein Mittel größter Verbrechen sein kann, und daß er sowohl als hohe Tugend, wie als verdammenswert angesehen werden könnte. Zum anderen sollte durch die geschichtliche Darstellung (ein Rückblick auf Jahrtausende — bis in eine nur mündlich überlieferte Sagenwelt zurück) bis zum Heutigen vorgedrungen und dessen Standort umrissen werden.

Heilbronner hält die Jagd nach Reichtum für „zeitlos“, weil der Mensch stets Wohlstand erstreben, bzw. wenn er ihn hat, ihn auch zu erhalten trachten werde. Aber die Formen der Erwerbung und der Wirkung von Reichtum auf die einzelnen und auf die gesellschaftlichen Verhältnisse waren und sind großen Wandlungen unterworfen. Diese Wandlungen entstehen mit dem Heraufkommen neuer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse, wobei neue Ideologien ebenfalls ihre Rolle spielen. Das ist der Faden, an dem der Verfasser eine Fülle von krassen, aber typischen Einzelbeispielen und die verschiedenen Gesellschaftsperioden dem Leser — oftmals in geradezu

dramatischer Weise — vor Augen führt. U. a. sei auf die Darstellung der sich wandelnden Haltung der katholischen Kirche zu Besitz und Reichtum und auf die Bedeutung des Calvinismus bei der Bildung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse hingewiesen. Auch das Verhältnis Reichtum — Politische Macht ist nicht immer das gleiche gewesen. Während geraume Zeit die politische Macht dazu verhalf, Reichtum erst an sich zu reißen und ein ungeheures Verschwender- und Genießer-Dasein zu führen, wird der Reichtum in einer späteren Epoche die Grundlage, auf der politische Macht sich überhaupt erst entfalten kann.

Hochinteressant sind die Beispiele toller Spekulationen und Betrügereien am Beginn der industriellen Entwicklung, bei der Ablösung des alten Feudaladels durch eine „Geldaristokratie“, verbunden mit der Ideologie, daß Geldverdienen geradezu als eine Tugend anzusehen sei. Die Beispiele sind dabei fast nur aus den USA bzw. der angelsächsischen Welt genommen, wie auch die Behandlung der sich anbahnenden „Wohlstandsgesellschaft“ ausschließlich amerikanischen Erfahrungen und amerikanischer Literaturbenutzung entstammt.

Die „Wohlfahrtsgesellschaft“ hat laut Heilbronner noch den Charakter einer Erwerbsgesellschaft. Für die nun im Vordergrund der Wirtschaft stehenden „Manager“ ist das Geldverdienen zwar unentbehrlich, aber doch nicht mehr das Hauptstreben, zumindest nicht für sich selbst. Das Unternehmen, eine große wirtschaftliche Organisation steht im Vordergrund des Interesses. Die Lage der breiten arbeitenden Schichten hat sich so verbessert, daß auch für sie der Existenzkampf an Härte verlor. Erstrebt wird eine „Gesellschaft im Überfluß“, in deren Gefolge eine gleichmäßige Vermö-

gensverteilung als vorher durchgesetzt wird. Heilbroner belegt diese Entwicklung u. a. mit amerikanischen Statistiken. Er stellt die Frage, woher eine solche, sich erst anbahnende Gesellschaft ihre Wachstumsimpulse beziehen wird. Er gibt darauf keine konkrete Antwort, aber er verweist darauf, daß „Freiheit“ möglich sei ohne Armut in der Gesellschaft, und er schließt seine Betrachtungen folgendermaßen: „Ob die Wohlstandsgesellschaft für die Menschheit Fluch oder Segen sein wird, hängt vom Zusammenspiel vieler Faktoren ab, die niemand im voraus zu überblicken vermag. Die Aussichten, die sich vor uns auftun, heißen uns jedoch hoffen . . . Wir sollten soviel klar erkennen: Unsere von der mächtigen Kraft eines tiefverwurzelten und vielgestaltigen Strebens nach materiellen Besitztümern getriebene Gesellschaft steuert einem neuen Ziel entgegen — einem Ziel, das, wie schon so oft in der Geschichte, nicht nur ein leichteres und sorgenfreieres Leben verspricht, sondern auch neue Probleme aufwirft, kaum daß die alten gelöst sind.“

Irmgard Enderle

HANDBUCH FÜR AUFSICHTSRÄTE

Herausgeber Hans-Böckler-Gesellschaft. Band I — Wolfgang Spieker. Rechtliche Grundlagen. Bund-Verlag, Köln 1959. XXXIII u. 553 S., Ln. 44 DM.

Wer in diesem Handbuch eine Erörterung der wirtschaftlichen Aufgaben und Möglichkeit der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten und Vorständen der Kapitalgesellschaften oder die längst überfällige systematische Darstellung einer gewerkschaftlichen Theorie der Mitbestimmung zu finden hofft, wird enttäuscht sein. Der Verfasser hat sich eine bescheidenere Aufgabe gestellt, deren große Bedeutung nicht dadurch geschmälert wird, daß sie sich darauf beschränkt, einen Überblick über die *rechtlichen* Grundlagen der wirtschaftlichen Mitbestimmung zu vermitteln.

An einer systematischen Zusammenfassung dieser Rechtsgrundlagen, die sich aus drei verschiedenen Mitbestimmungsgesetzen, den Bestimmungen des Gesellschaftsrechts (HGB, Akt.G., GmbH-G usw.) und der bisher allerdings nur vereinzelt ergangenen Rechtsprechung ergeben, hat es bisher gefehlt. Insofern schließt das umfangreiche Werk eine Lücke.

Im ersten Teil des Buches werden die allgemeinen Grundzüge des Unternehmensrechts behandelt, im zweiten und bei weitem ausführlichsten Teil die Vorschriften für den Aufsichtsrat der mitbestimmten Gesellschaften, während sich der dritte mit dem Arbeitsrecht und seinen Aufgaben beschäftigt. *Spieker* hat diesen umfangreichen Stoff übersichtlich gegliedert mit großer Sachkenntnis dargestellt. Offenbar davon ausgehend, daß Arbeitnehmer-Aufsichtsräte und Arbeitsrechtoren auch heute noch nach über einem Jahrzehnt tatsächlicher und über acht

Jahren durch Bundesgesetz geregelter Mitbestimmung in der Praxis vielfach vor Zweifelsfragen stehen und die volle Kenntnis der juristischen Seite ihrer Tätigkeit nicht vorausgesetzt werden kann, hat er eine Fülle von Einzelfragen mit bohrender Gründlichkeit erörtert. Hierbei und in dem Bemühen, alle Belege und Fundstellen mit wissenschaftlicher Genauigkeit wiederzugeben, mag teilweise des Guten zuviel getan worden sein. Die Belastung des Werkes mit der schweren Fracht der zahllosen Fußnoten ist nur dadurch gerechtfertigt, daß es sich bei dem mit immensem Fleiß durchgearbeiteten Werk ausdrücklich nicht um ein Lehrbuch, sondern um ein Nachschlagewerk handelt.

Es kann also keinesfalls in einem Stück gelesen, sondern muß gründlich durchgearbeitet werden. Vor allem, wenn es gilt, strittige Probleme nachzuschlagen, offenbart es seine besonderen Vorzüge. Sie werden dadurch erhöht, daß der Text durch zahlreiche Beispiele aus der Praxis und Rechtsprechung erläutert worden ist und in mehreren Übersichten die wichtigsten Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtsformen der Kapitalgesellschaft aufzeigt.

In der Sache mögen eine Reihe von Formulierungen strittig sein. So ist, worauf auch schon andere Kritiker hingewiesen haben, nicht richtig, daß die Mitbestimmung den Anfang einer Unternehmensverfassung darstellt; wohl aber kann sie als Anfang einer *neuen*, die bisherige ändernden Unternehmensverfassung angesehen werden. Ebenso kann bezweifelt werden, ob die schwierigen Fragen des Interessenwiderstreits, in den die Arbeitnehmervertreter in Vorstand und Aufsichtsrat bei den verschiedensten Gelegenheiten (Streik, Lohnverhandlung usw.) geraten können, schon die beste Formulierung gefunden haben. Auch erscheint mir die Darstellung der Konzernfrage zu kurz geraten zu sein.

Unbeschadet dessen kann das Handbuch nicht nur den Arbeitnehmervertretern in den Kapitalgesellschaften, sondern allen Gewerkschaftsfunktionären, die tiefer in die Problematik der wirtschaftlichen Mitbestimmung eindringen wollen, sehr empfohlen werden. Es ist keine leichte, aber eine sehr lohnende Lektüre.

Dr. Kurt Hirche

FELIX SOMARY

ERINNERUNGEN AUS MEINEM LEBEN

Manesse Verlag, Zürich 1959. 415 S., Ln. 24 DM.

Ein Mann, der fast ein halbes Jahrhundert lang politische und wirtschaftliche Weltkrisen richtig vorausgesagt hat, verdient unsere Aufmerksamkeit. Felix Somary, der 1881 als Sohn eines angesehenen Wiener Advokaten geboren wurde und schon mit 25 Jahren als Prä-

sidualassisteit der Anglo-Österreichischen Bank in das Zentrum der internationalen Großfinanz eingedrungen war, ist bis zu seinem Tode 1956 ein einflußreicher Mann geblieben.

Die Erinnerungen dieses Mannes verdienen aus zwei Gründen beachtet zu werden. Einmal als Geschichtsquelle. Schon für die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, den Somary vornehmlich durch eine Bereinigung des deutsch-britischen Verhältnisses zu verhindern versucht hat, ist manches, was er berichtet, aufschlußreich. Zu Beginn jenes Krieges hat Somary zeitweilig in deutschen Diensten gestanden und insbesondere den Versuch gemacht, in dem besetzten Belgien eine stabile Währung zu schaffen. Er hat auch später noch in Berlin gelebt und dort Fäden zu *Friedrich Naumann* gesponnen. Der Österreicher Somary hatte mit der Muttermilch die Überzeugung in sich aufgenommen, daß in Mittel- und Osteuropa keine nationalen, sondern nur großräumige Lösungen Dauer versprechen. Er ist dann freilich aus diesen Bemühungen wieder ausgeschieden, als er mit fortschreitendem Krieg ihre Aussichtslosigkeit erkannte. Besonders lesenswert ist sein Bericht über eine Unterhaltung mit *Ludendorff*, zu der ihn der damals allmächtige Mann ins Große Hauptquartier nach Kreuznach gebeten hatte. Vergeblich versuchte Somary, dem „Feldherrn“ klarzumachen, wie verhängnisvoll sich der uneingeschränkte U-Boot-Krieg auswirken müßte. Auch hier wurde er nicht gehört.

Zum andern sind diese Memoiren bemerkenswert, weil sich verstreut in ihnen Erkenntnisse eines intelligenten und durchweg wohl-informierten Beobachters finden, die mindestens als Anregung zu eigenem Nachdenken dienen sollten. So etwa aus einem Gespräch mit *Rathenau* 1922: „Er wollte gleich Gambetta im Jahre 1871 einen nationalen Widerstand organisieren. Er hatte mir von dieser Absicht mit einer bei ihm sonst ungewöhnlichen Wärme gesprochen, und ich hatte ihm dringend davon abgeraten: Es gäbe, meinte ich, Defensiv- und Aggressiv-Nationen; defensiv seien die Engländer, Spanier, Russen — aggressiv die Deutschen, Franzosen und Amerikaner. Die einen zeigen sich am stärksten, wenn man glaubt, sie erledigt zu haben; die andern werden durch den Erfolg getragen, verlieren aber die Nerven bei einem Mißerfolg.“

Höchst anregend ist auch, was Somary im letzten Viertel seines Buches an kritischen Anmerkungen zu Amerika und seiner weltpolitischen Rolle bringt. Hier braucht man nicht den Verdacht zu hegen, daß es sich um die verbreitete Haßliebe so vieler Europäer handle. Somary, der Anfang der zwanziger Jahre in die Schweiz übersiedelt war und deren Staatsangehörigkeit zehn Jahre später erworben hatte, verbrachte seit 1941 die meiste Zeit in den USA, teils im Dienst seiner Schweizer Wahlheimat, teils auch als Berater der

amerikanischen Regierung für Währungsfragen. Er kennt die Amerikaner aus der Nähe mit ihren großen Vorzügen, aber auch mit den Eigenschaften, die im Hinblick auf ihre weltpolitische Aufgabe skeptisch stimmen.

Ober seine eigene Rolle schreibt er am Schluß: „Innere Neigung und das Lebensgeschick haben mich zum politischen Meteorologen bestimmt. Die Menschheit unserer Tage hört auf solche Verkündigungen nur, wenn sie von Instituten, „Stationen“, von einer Beamtschaft kommt — dann haben sie zu meist schon allen Wert eingebüßt.“ Die Resignation, die in diesen Worten liegt, ist unverkennbar. Sie ist verständlich bei einem Mann, dessen richtige Prognosen, oft viele Jahre im voraus gestellt, schwarz auf weiß vorliegen. Gleichwohl stellt sich für den Leser seiner Memoiren die Frage nach den tieferen Ursachen seines Scheiterns. Mindestens eine Ursache für die Vergeblichkeit von Somarys Bemühen dürfte seine Abneigung gegen ernsthaftes politisches Engagement gewesen sein und außerdem seine stolze, aber nicht mehr zeitgemäße Überschätzung der Rolle, die dem einzelnen in der modernen Gesellschaft zukommt. Nichtsdestoweniger ist es dankenswert, daß dieses Buch erschienen ist; denn Felix Somary war ein Mann, von dem die Nachwelt mehr wissen sollte, als die Zeitgenossen von ihm gewußt haben.

Dr. Helmut Lindemann

HAROLD J. GORDON

DIE REICHSWEHR UND DIE WEIMARER REPUBLIK 1918—1926

Deutsch von Siegfried Maruhn. Verlag für Wehrwesen Bernhard & Graefe, Frankfurt/Main 1959. 449 S., Ln. 29,50 DM.

Im letzten Jahrhundert hatte die deutsche Geschichtswissenschaft den Ruf, die Tatsachenforschung und Tatsachensammlung fleißiger und pünktlicher zu betreiben als die Historiker anderer Länder. Das war manchmal als Lob, manchmal als Vorwurf gemeint. Die Palme der Gründlichkeit ist heute auf die amerikanischen Historiker übergegangen, denen die materiellen Mittel der Forschung, Institute, Stipendien, Reisen, statistischen Erhebungen, Bibliotheken reicher zur Verfügung stehen als anderwärts und denen es offenbar auch an Fleiß nicht fehlt. Das angezeigte Buch ist eine Frucht dieser Gründlichkeit, die allerdings, wie wir sehen werden, paradoxerweise eine gewisse Oberflächlichkeit nicht ausschließt.

Es gab in Deutschland noch keine so genaue und ausführliche Darstellung der Anfänge der Reichswehr nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918, der einzelnen Freikorps, aus denen sie sich rekrutierte und des organisatorischen Werdens und Zustands bis zum

Jahre 1926. Die Berliner Kämpfe im Januar 1919, der Kapp-Putsch im März 1920, die Vorgänge im Herbst 1923 sind mit wissenschaftlich dokumentierter Genauigkeit wiedergegeben. Aber diese Darstellung ist, scheint mir, so genau sie ist, doch in einer sehr wesentlichen Beziehung unvollständig und einseitig. Gordon hat die Neigung, offizielle oder halb-offizielle Quellen zu bevorzugen. *Von Seeckt* ist sowohl sein Held wie seine wichtigste Quelle. Er gibt höchst triviale Äußerungen von ihm als bedeutsam wieder. Eine Folge davon ist, daß jene Seite nur ganz schwach sichtbar wird, die des Schweißes der Historiker eher wert wäre: nämlich inwieweit die Reichswehr von ihren ersten Anfängen an alles, was republikanisch war, legal oder illegal verfeimte, unterdrückte oder ausschied und alles, was antirepublikanisch war, förderte. Kein Wort weiß Gordon von der dokumentarisch belegten Tatsache zu berichten, daß *Adolf Hitler* bis zum Jahre 1920 eine Kreatur der Reichswehr in München war, ja, daß er geradezu von der Reichswehr zum Führer der NSDAP lanciert wurde, weil seine antisemitischen Parolen sich als die wirksamste anti-republikanische Hetze erwiesen haben. Kein Wort davon, daß die Ermordung von *Rosa Luxemburg* die geplante Tat eines Offiziers der Garde-Kavallerie-Schützendivision gewesen ist, einer Kern- und Keimzelle der Reichswehr. Von der späteren Aufklärung der vertuschten Zusammenhänge durch *Paul Levi* im *Jorns-Prozeß* ist nicht die Rede.

Nicht die Rede ist auch von der Tätigkeit jener fatalen Abteilung des Reichswehrministeriums, die zusammen mit der Reichsanwaltschaft die Strafverfolgung zahlloser getreuer Republikaner betrieben hat, weil sie illegale Vorgänge innerhalb der Reichswehr oder der von ihr geförderten oder geduldeten Unternehmungen enthüllt haben. Die ohne jeden Zweifel verlässlichen Arbeiten von Prof. *E. J. Gumbel*, der jetzt in Amerika lebt, sind dem Verfasser offenbar unbekannt.

Es läßt sich nämlich im großen und ganzen sagen, daß die Reichswehr im Kern von jeher die republikfeindliche und reaktionäre Organisation war, als die sie sich im Jahre 1932 und 1933 offen enthüllt hat, und zwar sowohl sozial wie politisch. Innerhalb der Reichswehr gab es allerdings gewisse Ausnahmen und auch einige Nuancen in der Methode der Tarnung. Auch gab es Zeiten, wo auf ihre Laufbahn bedachte Opportunisten es für richtig hielten, mit dem Fortbestand der Republik zu rechnen, wie zum Beispiel *Seeckt*. Im Jahre 1921 hat, wie Gordon berichtet, *Seeckt* in einer Rede seine Offiziere vor lautem Nationalismus gewarnt und zu „stillerer Betätigung“ ermahnt. Gordon untersucht nicht den zweiten, verborgenen Sinn dieser Mahnung, wie er im Jahre 1934 durch *Blomberg* im „*Völkischen Beobachter*“ so schön enthüllt

wurde. Danach hatte die Reichswehr die republikanischen Regierungen Deutschlands, denen sie in kaum verhehlter Feindseligkeit gegenüberstand, getäuscht und mit den „vaterländischen“ Kreisen sympathisiert. Um dies zu verdecken, sagt *Blomberg* wörtlich, „war die Überparteilichkeit das notwendige Mittel . . . Der Wehrmacht genügte es, sich als brauchbares Instrument für die Zukunft aufzusparen.“ Auffällig ist übrigens, daß *Blomberg* nirgends erwähnt wird, obwohl er schon vor 1926 höchst wichtige Funktionen in der Reichswehr hatte und zu Ende 1926 gar Chef des Truppenamts, also Generalstabschef wurde. Seine oben wiedergegebene Äußerung ist sicherlich von den Umständen gefärbt, aus denen sie herrührt und deshalb als Quelle nicht unbedingt verlässlich.

Der Fall liegt ähnlich wie bei den Antworten, die Gordon auf seine Fragebogen bekommen hat, die er als Vorarbeit seines Buches an eine große Zahl von deutschen Generälen verschickt hat. Zum Beispiel auf die Frage 2: „Was hielten Ihre Kameraden im Offizierskorps des Regiments von der Republik? Hatte die Mehrheit aktive politische Interessen? Soziale Vorurteile? Gab es in ihrem Regiment ausgesprochene republikanische Offiziere?“ — „Nahezu alle Antworten stimmten darin überein, daß die Republik nicht beliebt war, aber — obgleich die Mehrheit der Offiziere eine Monarchie vorgezogen hätte — akzeptiert wurde. Einige deuteten an, daß weniger der demokratische Inhalt als vielmehr die republikanische Form Anstoß erregt hätten. Die meisten Offiziere waren sich darin einig, daß im Kriege die jüngeren Frontoffiziere ihre sozialen Vorurteile so gut wie völlig überwunden hätten, daß jedoch einige der älteren Offiziere sich nicht von ihnen befreien konnten. Den Antworten zufolge gab es sehr wenig ausgesprochene Republikaner im Offizierskorps der Reichswehr. Nur einige erwähnten, daß es in ihren Regimentern gelegentlich derartige Fälle gegeben habe.“ Oder auf die Frage 5 a: „Wie viele junge Soldaten Ihres Regiments, die nicht als Offiziersbewerber eintraten, wurden zur Offizierslaufbahn zugelassen? Aus welchen sozialen Schichten kamen sie?“ — „Die meisten Offiziere erinnern sich an keine Fälle dieses Art vor 1933. In jedem Fall werden sie als selten bezeichnet. Die Auskünfte über die soziale Herkunft waren nicht sehr aufschlußreich. (Tatsächlich geht aus offiziellen und halbamtlichen Quellen hervor, daß vor 1924 eine beachtliche Anzahl von Fähnrichen aus dem Mannschaftsstand hervorging und danach diese Zahl scharf absank.)“

Alles in allem, man hätte gewünscht, daß der Verfasser mit derselben Gründlichkeit, mit der er die offiziellen Quellen verwertet hat, auch die inoffiziellen Hintergründe aufgeklärt hätte.

Dr. Richard Schmid

WOLFGANG LEONHARD

KREML OHNE STALIN

Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1959. 646 S* Ln.
21,80 DM.

Wolfgang Leonhard, der durch sein Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ sowie zahlreiche Radiovorträge und Zeitungsartikel seit Jahren sich als hervorragender Rußland-experte bewährt hat, behandelt in einem neuen Werk die Epoche vom letzten Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands vor dem Tode Stalins bis einschließlich dem XXI. Parteitag zu Beginn des Jahres 1959.

Leonhard hat nicht nur alle erreichbare russische Literatur und die Berichte ausländischer Journalisten und Experten über ihre Beobachtungen in der UdSSR laufend gründlich studiert und sich eingehend mit prominenten Flüchtlingen aus der Sowjetunion und anderen Ostblockländern unterhalten. Er legt nicht nur in einem umfangreichen, nach Sachgebieten gegliederten Quellenverzeichnis und oftmals auch im Text selbst dem Leser Rechenschaft über seine Quellen ab. Er beweist durch seine nüchterne, sehr objektive Analyse auch, daß die Entwicklung und die Ereignisse in der SU durchaus nicht als „rätselhaft“ abgetan werden können.

Da, wie Leonhard stichhaltig nachweist, in der SU das Primat der Innenpolitik besteht, die Außenpolitik also weitestgehend von den inneren Notwendigkeiten bestimmt wird, nimmt die Darstellung dieser Verhältnisse den größten Teil des Buches ein. Dazu gehört nicht nur die genaue Beobachtung der wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen, kulturellen und personellen Tatsachen und vielfachen Veränderungen, sondern in starkem Maße auch der seit Stalins Tod vorgenommenen Veränderungen in der Ideologie. Aber auch die wesentlichen Entwicklungszüge in den Ostblockstaaten einschließlich China und die Beziehungen dieser Staaten bzw. ihrer Führungsgremien zu denjenigen der Sowjetunion werden — im Rahmen der im großen ganzen chronologischen Anordnung des Buches — dargestellt und analysiert. Insbesondere ist auch die Wandlung von der Auffassung des Eingekreistseins von imperialistischen Staaten zu der einer notwendigen „Koexistenz“ herausgearbeitet. Eine über 50 Seiten umfassende Chronik der Ereignisse und mehrere Tabellen sind ein ausgezeichnetes Hilfsmittel, um am Schluß den Inhalt des Buches noch einmal in großen Zügen rekapitulieren zu können.

Angesichts der riesigen Materialfülle, die in hervorragender Stilistik bewältigt worden ist, seien hier, in verkürzter Wiedergabe, die „10 Thesen über die Entwicklung nach Stalins Tod“ genannt, die Leonhard selbst auf Grund

seiner Darstellung der Verhältnisse in der Sowjetunion aufgestellt hat:

1. Die innerpolitischen Veränderungen in der SU können nicht als taktische Manöver abgetan werden. Es handelt sich um eine Modernisierung des Systems unter Kontrolle des Parteiapparates, nicht (oder zumindest noch nicht) um eine Demokratisierung.

2. Zwischen dem Parteiapparat, der Staats-, Wirtschafts- und Armeeführung hat es Machtverschiebungen gegeben, die aber wieder zum Vordringen des Parteiapparates geführt haben.

3. Die vielfachen personellen Veränderungen in der Führung widerspiegeln die Prozesse der Modernisierung des Systems und des Vordringens des Parteiapparates.

4. Der Aufstieg Chruschtschows von 1953 bis 1959 ähnelt in vielem dem Aufstieg Stalins, ist aber doch anders, weil die außerpolitischen Beziehungen sich verändert haben und im Innern der Terror nur noch hemmend auf den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg wirken könnte.

5. Innerhalb der SU sind unterschiedliche politische Strömungen zutage getreten.

6. Eines der wichtigsten heutigen Probleme ist die Frage, wie ein schneller wirtschaftlicher Aufschwung zu gewährleisten ist ohne die absolute Kontrolle des Parteiapparates einschränken zu müssen.

7. Die Parteiführung muß auf eine Oberschicht Rücksicht nehmen. Noch ist die Oberschicht nicht stark genug, um der Spitzenführung ihren Willen aufzuzwingen.

8. Im Vergleich zur Stalinzeit sind die Veränderungen im täglichen Leben der Bevölkerung (Arbeitszeitverkürzung, Lebenshaltung, erweiterte Befugnisse für verschiedene Bevölkerungsgruppen u. a.) bedeutend. Sie bleiben jedoch noch weit hinter den Wünschen der Bevölkerung zurück.

9. Die Ideologie wird den realpolitischen Notwendigkeiten angepaßt, spielt aber, zumindest für eine absehbare Zukunft, noch eine Rolle.

10. Die internationale kommunistische Bewegung spielt in der Sowjetpolitik eine bedeutende Rolle (als „Integration“), unterscheidet sich aber sowohl von der leninschen Weltrevolution wie von Stalins Politik.

Der Hoffnung der russischen KP, daß der Ostblock in absehbarer Zeit in der ganzen Welt ein ökonomisches Übergewicht haben werde als Voraussetzung für den Sieg des Kommunismus sowjetischer Prägung in der ganzen Welt, stellt Leonhard die Mahnung an die westliche Welt gegenüber: „Schließlich hängt die Verwirklichung der Ziele des Kreml

nicht allein von der Sowjetunion und dem Ostblock ab, sondern auch von dem Verhalten der nicht-sowjetischen Länder, von ihrer Fähigkeit, sich von vorgefaßten Meinungen und Klischeevorstellungen über den Kommunismus zu lösen, Veränderungen im Sowjetkommunismus rechtzeitig wahrzunehmen und richtig einzuschätzen. Sachkenntnis ist kein Allheilmittel, wohl aber eine wichtige Voraussetzung für eine Politik, die sowohl Provokation als Kapitulation vermeiden will.“

Als Hilfe in diesem Sinne ist das Buch Wolfgang Leonhards vortrefflich geeignet und dringend zum Studium zu empfehlen.

Irmgard Enderle

NIKOLAJ CHOCHLOW

RECHT AUF GEWISSEN

Ein Bericht. Aus dem Russischen übertragen von Karl-Eugen Wädek. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959. 455 S., Ln. 16,80 DM.

„Georgij Sergejewitsch ... Ich komme aus Moskau... Das ZK der KPdSU hat befohlen, Sie zu ermorden. Die Ausführung des Mordes ist meiner Gruppe übertragen worden.“ Mit diesen Worten beginnt 1954 in Frankfurt ein sensationeller „Fall“ im kalten Kriege, mit diesen Worten endet aber auch die Karriere des sowjetischen Geheimagenten Nikolaj Chochlow.

Wie einen spannenden Kriminalroman liest man den Lebensbericht des Geheimdienstoffiziers, der 1941 „im Namen der Sowjetunion“ als 19-jähriger, auf Grund seiner Deutschkenntnisse und seiner schauspielerischen Begabung, zum Agentendienst in die Partisanenabteilung des NKWD kommandiert wurde und, verkleidet als deutscher Offizier, in Westrußland den nationalsozialistischen Gauleiter Kube in die Luft sprengte. Nach dem Kriege will er, „im Namen des Volkes“, enttäuscht über die Zustände in der Sowjetheimat, den Geheimdienst verlassen, kommt aber selbstverständlich nicht mehr los, sabotiert schließlich „im Namen des Gewissens“ 1954 einen wichtigen Mordauftrag und fällt in Frankfurt dem amerikanischen Geheimdienst in die Hände.

Im zweiten Abschnitt dieser dramatischen Reportage erleben wir das politische Erwachen im Stalinreich nach Kriegsende, diesmal vom Standpunkt eines im Sowjetregime geborenen Menschen, der noch dazu als Privilegierter im Dienste dieses Systems stand. Als Agent-provocateur im sowjetisch besetzten Rumänien und später als MWD-Offizier in Karlshorst, lernte Chochlow die Stimmung der „befreiten“ Völker kennen. Als „österreichischer Kaufmann“ namens Hofbauer in Wien, Genf, Zürich, Paris und Kopenhagen erlebte er die Lebensverhältnisse im Westen. Vor allem aber in den Studenten- und Arbeiterkreisen Mos-

kaus kam er in diesen Nachkriegsjahren nach und nach zur Erkenntnis, sein Volk sei „im Kriege über das Sowjetsystem hinausgewachsen ... Ich hatte hier Menschen vor mir, die nicht nur Hitlers Wehrmacht überwunden hatten, sondern auch die geistigen Fesseln des Kommunismus.“

Die Menschen faßten wieder Vertrauen zu einander, die Angst vor der Geheimpolizei verringerte sich, und nach Stalins Tod bestätigte der ostdeutsche Aufstand die Befürchtungen der Sowjetregierung: „Die Besatzungseinheiten in der Zone begriffen, was vor sich ging, und zogen ihre Folgerungen. Dutzende sowjetischer Panzerwagen, die nach Berlin geschickt wurden, schossen nicht auf die aufständischen Arbeiter ... in vielen sowjetischen Soldaten glimmte der Gedanke auf: das könnte sich auch bei uns ereignen ... eines Tages ...“

Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt wurde Hauptmann Chochlow damit beauftragt, den Chef der russischen Emigrantenorganisation, NTS („Nationaler Werk tätigenverband“), Okolowitsch, umzubringen. Zu diesem Zweck hatte er in den Geheimarchiven der MGB Berge von Aktenmaterial zu studieren und kam dabei zu dem überraschenden Ergebnis, daß die NTS keineswegs das Instrument einer ausländischen imperialistischen Macht war, keine Sabotage- und Spionageorganisation, wie es im offiziellen Jargon hieß, sondern eine selbständige russisch-revolutionäre Gruppe, die sich, mit Agitation und Propaganda im russischen Volk, eine neue Massenerhebung, den Sturz der totalitären Diktatur und die Errichtung einer sozialen und demokratischen Republik zum Ziele setzte. Eben deshalb wurde die NTS vom MGB als besonders gefährlich bekämpft; nach Stalins Tod wurden alle Abteilungen des Geheimdienstes, die bis dahin gegen die amerikanischen Stützpunkte eingesetzt waren, zum Kampf gegen die revolutionären Umtriebe mobilgemacht.

Ohne die NTS aus persönlichem Kontakt zu kennen, faßte Chochlow Vertrauen zu ihr und sagte zu seiner Frau über Okolowitsch, den er in Frankfurt zu ermorden hatte: „Ich kann nur sagen, daß er ein Revolutionär ist, ein russischer Revolutionär und allem Anschein nach ein sehr guter Mensch.“ Diese Frau spielte, als unsichtbarer Schatten, eine große Rolle in der psychologischen Entwicklung des Geheimagenten. Als mittellose Studentin und Arbeiterin hatte sie den ganzen Krieg im russischen Volk erlebt; aus Protest gegen die Diktatur war sie zur gläubigen Christin geworden und hatte sich noch vor der Heirat ständig bemüht, Chochlow, seit sie von seiner wirklichen Tätigkeit wußte, zum Verlassen des Geheimdienstes zu bewegen, auch um den Preis der Deportation oder des Todes. Und so kam es auch: Jana und ihr kleiner Sohn Aljuschka sind aus Moskau verschwunden, seit Chochlow, in dem naiven Glauben, der amerikanischen Geheimdienst werde seine Frau und

sein Kind in Sicherheit bringen, in Frankfurt in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit trat. Ob der Ex-Hauptmann Chochlow heute mit seinem Gewissen im reinen ist? Er und seine Familie wurden von den Rädern der Geheimdienste zermalmt. Für die Auftraggeber war es nur eine Episode im kalten Krieg.
Georg Scheuer

DETLEV TÖDTMANN

BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ § 56

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in sozialen Angelegenheiten. Bund-Verlag GmbH, Köln 1959. 96 S., kart. 7,50 DM.

Professor *Alfred Weber*, der vor nicht langer Zeit verstorbene Nestor der deutschen Soziologie, stellte in einer Auseinandersetzung um das umstrittene Betriebsverfassungsgesetz die Frage, ob sich in Deutschland das Recht an den Fortschritt oder der Fortschritt an das Recht anzupassen habe. Der betagte Wissenschaftler war nämlich der Auffassung, daß man es hierzulande immer noch nicht gelernt habe, die Rechtsnormen der veränderten sozialen und wirtschaftlichen Situation anzugleichen. Man schaffe — wie es speziell im BVG der Fall sei — mit sogenannten „Gummiparagrafen“ immer wieder die Möglichkeit, Gesetzestexte rückschrittlich zu manipulieren.

In den sieben Jahren des Bestehens des Betriebsverfassungsgesetzes sind eine Reihe von Kommentaren erschienen, die nunmehr durch eine Schrift des Düsseldorfer Rechtsanwalts Dr. *Detlev Tödtmann* in einem sehr wichtigen Punkt, nämlich in der Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in sozialen Angelegenheiten, ergänzt worden sind. Es handelt sich im einzelnen um eine Auslegung des § 56 BetrVG, der die Mitbestimmung bei Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und Pausen, Zeit und Ort der Auszahlung der Arbeitsentgelte, Aufstellung des Urlaubsplans, Durchführung der Berufsausbildung, Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen, Fragen der Betriebsordnung, Regelung von Akkord- und Stücklohnsätzen und die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und neuen Entlohnungsmethoden behandelt. Tödtmann untersucht in der Schrift vor allem das Problem, ob der Betriebsrat auch bei vom Unternehmer gegen einzelne Arbeitnehmer getroffenen Maßnahmen ein Mitbestimmungsrecht oder ein Mitwirkungsrecht habe oder nicht.

Zunächst weist der Verfasser auf die geschichtliche Entwicklung des Mitbestimmungsrechtes hin. Er kommt dabei zu dem gleichen Ergebnis wie *Alfred Weber*, daß es sicher nicht Sinn einer modernen Gesetzgebung sei, hinter Regelungen zurückzubleiben, wie sie bereits im Betriebsrätegesetz von 1920 oder in der Gesetzgebung der Länder nach dem zweiten Weltkrieg

getroffen worden seien. Deshalb lehnt Tödtmann auch die Kommentierung ab, die z. B. *Dietz* in seinem Kommentar zum Mitbestimmungsrecht gibt. Mit sehr großer Sorgfalt und großer Kenntnis der einschlägigen Literatur gibt Tödtmann dem Betriebsrat und dem sozial aufgeschlossenen Arbeitgeber die Möglichkeit zu einer den heutigen betrieblichen Gegebenheiten entsprechenden Ausschöpfung des umstrittenen Gesetzestextes. Für Betriebsräte und Vertrauensleute ist das Büchlein ein unentbehrliches Werkzeug zur Regelung aller im § 56 BetrVG entstehenden Fragen.
Paul Mülbach

MICHAEL P. FOGARTY

CHRISTLICHE DEMOKRATIE IN WESTEUROPA 1820—1953

Herder-Verlag, Freiburg 1959. 526 S., Ln. 45 DM.

Ein im angelsächsischen Sprachbereich vor Jahren veröffentlichtes Buch über die Geschichte des christlichen — hauptsächlich katholischen — Vereins- und Parteiwesens liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor. Es steht an umfassender Fragestellung ohne Konkurrenten da und hat gegenüber manchen Arbeiten über das christliche Parteiwesen den Vorzug, die mannigfaltige kirchliche Vereinswelt einzubeziehen und dadurch die eigentlichen Kraftquellen der Parteien darzulegen.

Zunächst einmal sucht Fogarty eine theoretische Grundlage der christlich-demokratischen Bewegung zu erarbeiten. Vornehmlich die katholische Soziallehre und die Lehren der holländischen protestantischen Bewegung finden dabei seine Beachtung. Den Gewerkschafter gehen die Ausführungen über die berufsständische Ordnung der Gesellschaft vor allem an, die die Vorzüge und Schwächen der katholischen Soziallehre besonders deutlich machen. Manche Thesen sind ebenso anfechtbar wie etwa die praktische Erfahrung mit den holländischen PBO, denen manche Kritiker nicht soviel positive Seiten abzugewinnen vermögen.

Bei dem außerordentlichen Materialreichtum des Buches, in dem Holland, Belgien, Frankreich, Deutschland, die Schweiz und Italien behandelt werden, können in einer Besprechung nur wenige Probleme angeschnitten werden. Der Unterschied zwischen der Resolution des Bochumer Katholikentages 1949 über die Mitbestimmung („ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung“) und der fünf Jahre später allgemein eingenommenen Haltung zu diesem Problem kann doch wohl nur herausgearbeitet werden, wenn die Veränderung des sozialen und politischen Klimas in der Bundesrepublik dargestellt wird. So aber wird ohne nähere Erläuterung einfach

die „offizielle Ansicht der katholischen Kirche“ daneben gestellt — als ob sich die Abwendung von der Bochumer Resolution so einfach im luftleeren Raum vollzogen hätte. Ähnliches findet man an vielen anderen Stellen. Die Anpassung der christlichen Soziallehre an die moderne Industriewert geschah unter weitaus schmerzhafteren Auseinandersetzungen, als es nach dem Buche Fogartys scheinen will.

Der zweite große Teil des Buches gilt der historischen Entwicklung des christlichen Vereins- und Parteiwesens. Für uns stehen dabei die Gewerkschaften im Mittelpunkt des Interesses. Wiederum liegt der Vorzug des Buches in der vergleichenden Betrachtung der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in allen genannten Ländern. So werden geschichtliche Abläufe, die isoliert im nationalen Rahmen gesehen wurden, in den richtigen Zusammenhang gestellt. Auffallend ist allerdings, daß der Verlauf des sogenannten „Gewerkschaftsstreites“ nur ganz knapp behandelt wird. Warum eigentlich?

Handgreiflich falsch sind die Darlegungen über die gerade zur Zeit der Abfassung des Buches entstandenen CGD. Bislang hat sich jedenfalls die S. 247 f. angegebene Einflußmöglichkeit auf etwa 40—45 vH der organisierten Handarbeiter an Ruhr und Rhein nicht erwiesen. Von Einheitsgewerkschaften hält der Verfasser wenig, ist aber vorsichtig genug, auch den Weg offen zu lassen, daß in der Zukunft vielleicht die Gewerkschaftsbewegung doch nicht mehr gespalten sei; Vorläufig sympathisiert er konsequent mit der Zerschlagung der Einheitsgewerkschaften und der Schaffung sogenannter christlicher Gewerkschaften.

Leicht korrigierbar ist die Behauptung, im DGB seien nur Handarbeiter organisiert. Allerdings hat der DGB noch Industriegewerkschaften und ist nicht ständisch-korporativ aufgebaut. Und das ist gut so.

Schließlich soll nur noch eine kleine Tatsachenkorrektur vorgebracht werden, die aber bedeutsam ist. Der DHV wird ständig zu den originär christlichen Gewerkschaften gerechnet. Die völkisch-antisemitische Grundströmung dieses fanatisch-antidemokratischen Verbandes wird dabei nicht gebührend herausgestellt.

Gerade wegen der Fragwürdigkeit mancher theoretischer und organisationsgeschichtlicher Positionen sollte die Auseinandersetzung mit dem ungeheuer materialreichen Buch, das eine Art Leitfaden für alle Spalter der Gewerkschaftseinheit werden kann, gewagt werden. Denn mit einem mokanten Lächeln über den CGD wird die Spaltungstendenz auch nicht überwunden, sondern nur durch die bessere Arbeit des DGB und seine klarere theoretische Konzeption.

Dr. Kurt Kliem

CHRISTIAN VON FERBER

ARBEITSFREUDE

Ein Beitrag zur Soziologie der Arbeit in der industriellen Gesellschaft. Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, 4. Band. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1959. 130 S., kart. 15,— DM.

Das Lob der Arbeit wird gemeinhin imposant und in hellen Tönen von Leuten gesungen, die schwere körperliche Arbeit als Lebensexistenz nur aus der Literatur oder vom Zusehen kennen. Die überzeugenden Singsprüche: „Arbeit adelt“, „Arbeit ist des Blutes Balsam“, „Arbeit macht das Leben süß“, „Arbeit ist des Bürgers Zierde“, „Nur in der Arbeit wohnt der Frieden“ und wie sie alle heißen, sind nur ausnahmsweise von Bergarbeitern, Holzfällern, Straßenbauarbeitern, Möbelträgern oder Gießereiarbeitern erdacht worden. Generaldirektoren, Börsenmakler und Großgrundbesitzer sind von der Lyrik noch nicht entdeckt worden und befinden sich auf allen ihren Tagungen in Verlegenheit, weil sie kein geeignetes Gedicht auf ihre „Arbeit“ zur Eröffnung zitieren können. Sie verschmerzen stolzen Sinnes den Verzicht auf die Hymnisierung: Sie bedürfen der ideellen Lohnzulage nicht, sie verdienen auch so genug.

Was es mit der Arbeitsfreude, ihrer „Wirklichkeit und Ideologie“ auf sich hat, versucht Dr. Chr. v. Ferber in seinem Buch zu ergründen, denn „der Anschein einfacher Selbstverständlichkeit, mit der wir gesprächsweise von Arbeitsfreude reden, verschwindet augenblicklich, sobald wir versuchen, die Forderung nach Freude und Zufriedenheit in der Arbeit wissenschaftlich und arbeitspolitisch ernst zu nehmen“ (Vorwort). Es handelt sich also um eine wissenschaftliche Untersuchung, äußerlich erkennbar an den zahlreichen Anmerkungen (über 200) und der verzeichneten umfangreichen einschlägigen Literatur.

Ob die Arbeitsfreude in der Arbeit selbst, in der Arbeitsweise oder in der Entlohnung begründet ist; ob sie von der Betriebsgröße und den Arbeitsbedingungen abhängt oder nicht vielmehr „eng mit kulturellen Zeitströmungen“ (S. 6) verbunden ist, also auch von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen bestimmt wird (niemand würde „heute noch bereitwillig unter den Bedingungen arbeiten wollen, die die Arbeiter in den Betrieben der deutschen Großindustrie vor einer Generation als »normal« hinnahmen“, heißt es im Vorwort) — diese und andere Fragen werden in der vorliegenden Veröffentlichung gestellt, die den Versuch unternimmt, „einen Beitrag zu der Frage nach dem Zusammenhang von Kultur und industrieller Arbeit zu geben“ (S. 8).

Die Ergebnisse von Erhebungen früherer Jahrzehnte zeigen den „Hintergrund für das Gefühl des Widerwillens gegen die tägliche

Arbeit, für Arbeitsunlust und Mangel an Arbeitsfreude“ (S. 13). Hat die Industrialisierung die Arbeitsfreude aufgesaugt, zugleich aber auch fast bedeutungslos gemacht, wie gelegentlich behauptet wird, vor allem im Hinblick auf junge Arbeiter, die Freude überall, nur nicht in der Arbeit suchen und erwarten? Sicher ist der Hinweis mancher Sozialfeuilletonisten, organisiertes und wohltemperiertes Betriebsklima ersetze die individuelle Arbeitsfreude, nicht nur oberflächlich, sondern falsch. Bestelltes Betriebsklima ist die Musik bei der Beredigung — traurig ist die Angelegenheit trotzdem.

Die Faktoren der Arbeitsfreude sind bei den einzelnen Menschen unterschiedlich. Aber für fast alle gilt (keineswegs nur für die Industriearbeiter), daß gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit, Leistungsnachweis, Erfolgserfahrung und ein als gerecht empfundener (nicht nur materieller) Lohn das eigene Arbeitsbewußtsein beeinflussen, den Arbeitseifer oder den Arbeitsballast, der in extremen Fällen bis zum Arbeitsterror ausarten kann, spürbar werden lassen. Dennoch trägt die Arbeitsfreude nicht nur „rein privaten Charakter“ (S. 57); ob Arbeitsfreude vorhanden ist, gefunden oder verloren wird, hat auch eine gesellschaftliche Bedeutung — und keineswegs bloß nach ökonomischem Pegel: Leistungssteigerung durch Arbeitsfreude (S. 104). Aber andererseits wirken die gesellschaftliche Bewertung der Arbeit, der Rangkatalog und die Geltungsskala auf das Arbeitsinteresse ein, nach Chr. v. Ferber so sehr, daß es „nur bestimmten Positionen in der gesellschaftlichen Arbeitseinteilung eigen ist und daher kaum sinnvoll von allen erwartet werden darf“ (S. 106).

Jegliche Romantisierung der Arbeitsfreude liegt dem Verfasser fern, ja er schließt seine Arbeit mit dem Hinweis auf „die merkwürdige Erscheinung, die wir gegenwärtig in den entwickelten Industrieländern beobachten, daß nämlich desto mehr von »Arbeitsfreude« die Rede ist, je geringer die Chancen ihrer Verwirklichung werden“ (S. 112).

Alfred Horné

ZEHN JAHRE THEATER AM KURFÜRSTENDAMM

Das Haus der Freien Volksbühne, arani Verlags-GmbH, Berlin 1960. 68 S. mit 39 Abbildungen auf Kunstdruck und einer Chronik der Aufführungen von 1949 bis 1959, Halbt. 7,80 DM.

Im geteilten Berlin hat es die Volksbühnenbewegung nach 1945 besonders schwer gehabt, zumal ihr eigenes Theater im Ostsektor liegt. Trotzdem ist es der Freien Volksbühne gelungen, im Jahre 1949 im umgebauten Theater am Kurfürstendamm ein eigenes Haus zu eröffnen, das jetzt auf eine zehnjährige Spielzeit zurückblicken kann. Gerade jetzt ist dieses Wirken vielfach umstritten; um so mehr ist es zu begrüßen, daß uns nun — in diesem auch graphisch vorbildlich gestalteten Band — ein dokumentarischer Bericht aus der Feder von *Walther G. Oschilewski* vorgelegt wird, in dem die Schwierigkeiten, die Mißerfolge und die Erfolge gewissenhaft abgewogen sind. Geleitworte von *Willy Brandt* und Senator Dr. *Joachim Tiburtius* unterstreichen die Bedeutung dieses Theaters der Freien Volksbühne für das kulturelle Leben im freien Berlin.

W. F.